

## Politik

# Standpunkte und Ängste vor der Europawahl in Frankreich

## Eine Vorschau

RUDOLF HERRMANN\*

Nur kurz dürfen sich Wähler und Politiker von den Aufregungen der Regional- und Kantonalwahlen erholen. Die nächste Wahl am 13. Juni zum Europaparlament steht bevor. Jetzt müssen endlich die Kandidaten aufgestellt werden, was wegen der anderen Wahlen noch nicht geschehen ist. Im Vorfeld gibt es aber schon Bemühungen, politische Themen zu finden und zu formulieren, die für den nächsten Wahlkampf wichtig werden sollen.

Typisch sind die Themen von Kolloquien und 'soirées civiques': „Braucht man eine Verfassung für Europa?“ oder „Muss man Angst vor der Erweiterung Europas haben?“ Der Vizepräsident der Stiftung „Notre Europe“, Jean Nestor, befand im Februar dieses Jahres, „der Aufbau Europas ist an einem Wendepunkt angelangt, der sich in Zögern und Ungewissheiten äußert“. Die blockierte Verfassungsdiskussion, die bevorstehenden Finanzbeschlüsse der Union, die Kontroversen um die Funktionsweise der Eurozone sowie die Erweiterung sind seiner Meinung nach Stolpersteine auf dem europäischen Pfad. Deshalb haben sich viele proeuropäische Initiativen zusammengesetzt, um die öffentliche Meinung zu aktivieren. Dazu gehören „Notre Europe“ (die Stiftung von Jacques Delors), die „Europäische Bewegung Frankreich“, der „Carrefour pour une Europe ci-

vique et sociale“ (CAFECES), das Pariser Europahaus, die Vertretung des Europäischen Parlaments, „Euro-presse“, der „Club der Freunde der Europäischen Verfassung“ und „Fenêtre sur l'Europe“. Sie alle reihen eine Veranstaltung an die andere, mit dem Ziel, aus dem bisher eher kindlich positivistischen Europadiskurs herauszufinden und die gute Sache durch eine kontroverse Dimension zu bereichern. Dazu tragen auch „Europartenaires“, das „Forum de la gauche citoyenne“ sowie linke Politiker wie zum Beispiel Dominique Strauss-Kahn bei. Auch rechte Persönlichkeiten wie Hubert Haenel und Pierre Lequiller, die im Senat und in der Nationalversammlung jeweils „Présidents de la Délégation pour l'Union Européenne“ sind, wie die umständliche Bezeichnung der Europaausschüsse lautet, greifen in die Debatte ein.

Die Wahlen im Juni stehen in einer unheilvollen Kontinuität, besonders hohe Wahlenthaltungen aufzuweisen: Die vergangenen drei Mal lag diese bei 51 Prozent (1989), 44,9 Prozent (1994) und 53 Prozent (1999). Eine gute Überraschung wie bei der Regionalwahl Ende März 2004 mit nur 37,7 Prozent Enthaltungen wird allseits sehnlich gewünscht. Man darf dabei jedoch nicht vergessen, dass in der Hierarchie der Wahlbeteiligung die Reihenfolge unerbittlich konstant ist. Zuerst

\* Rudolf Herrmann ist Koordinator im Deutsch-Französischen Jugendwerk, Paris (DFJW).

die Präsidentschaftswahlen, dann Kommunalwahlen, Parlamentswahlen, Kantonalwahlen zu den Department-Räten, Regionalwahlen und, letzter Platz, Europawahlen. Die Situation wird zudem dadurch schwierig, dass bei der Europawahl in Frankreich nur 78 Sitze zu vergeben sind. Bei den Regionalwahlen waren es immerhin 1 882 und bei den letzten Kantonalwahlen 2 034 Sitze, wobei die damit verbundenen Privilegien nicht zu vergessen sind, die Präsidenten und Vizepräsidenten erringen können.

Die künftigen 78 Europaabgeordneten Frankreichs werden nach einem neuen Wahlmodus bestimmt. Die Experimentierfreudigkeit im Wahlverfahren gehört zur Lebendigkeit der französischen Politik. Im Juni wird dieses Mal in nur acht Wahlkreisen gewählt, die jeweils mit Ausnahme der Île-de-France und der Überseegebiete mehrere Regionen zusammenfassen: Zum Beispiel bilden Elsass, Burgund, Lothringen, Franche-Comté und Champagne-Ardennes den Wahlkreis Ost. Die Aufteilung der 78 Sitze wird erst nach dem 1. Mai 2004 mit dem Beitritt der neuen EU-Mitglieder per Erlass festgelegt. Inoffiziell ist die kommende Aufteilung bereits bekannt. Der genannte Wahlkreis Ost wird 10 Sitze zu vergeben haben, die Île-de-France 14. Gewählt wird nach dem Verhältniswahlrecht mit einer Sperrklausel von fünf Prozent. Um einen Eindruck zu gewinnen, kann man sich die Ergebnisse des Ersten Wahlgangs bei den Regionalwahlen ansehen, die sich natürlich bei den Europawahlen nicht genau so darstellen werden. Im Falle des Ost-Wahlkreises ergäbe das für die Regierungsparteien 35,2 Prozent, den „Front National“ *Le Pens* 20,1 Prozent und für die Linke 33,6 Prozent. Für die Île-de-France lautete das Ergebnis: Regierungsparteien 40,91 Prozent, Front National 13,44 Prozent und Linke 39,15 Prozent. Aus diesen Zahlenbeispielen ist zu erkennen, dass die Europawahl nicht nur ein edler Wettstreit zwischen Links und Rechts sein wird, sondern auch, be-

sonders für den Front National, einen Test der Kräfteverhältnisse hinsichtlich der Präsidentschaftswahl 2007 darstellt. Bis zu diesem Termin werden keine Wahlen mehr stattfinden.

### Stoff für Populisten?

Damit ist die Gefahr von populistischen und antieuropäischen Tönen im Europa-wahlkampf gegeben: Gegen die Brüsseler Technokraten, gegen die vermutete Korruption, gegen die Unterwerfung des souveränen französischen Staates unter unklare Entscheidungsgremien in Brüssel und gegen die weitere Überfremdung Frankreichs durch Zuwanderer aus den Beitrittsländern. Erstaunlicherweise haben die Populisten bisher den Zündstoff, der im Brüsseler Etat steckt, noch nicht ausgenutzt. Die Regionalpolitik (33,173 Milliarden Euro) und vor allem die Landwirtschaftspolitik (44,78 Milliarden Euro) sowie die Begrenzung des EU-Haushalts auf ein Prozent oder mehr des Bruttonettoprodukts der EU sind doch wunderbare Themen für unsachliche Polemiken.

Die demokratischen Kräfte der Zivilgesellschaft links wie rechts haben bisher lächelnd die Diskussion über eine eventuelle Wahlpflicht der Bürger, wie in Belgien, vermieden, die endlich die Wahlbeteiligung ideal gestalten sollte. Ihre Anregungen und Argumente sind anderer Natur. Sie müssen von der innenpolitischen Lage ausgehen, wie Jean-Christophe Cambadélis vom PS spitz zusammenfasst: Der Schock des 21. April 2002 mit dem überraschenden Ausscheiden Jospins und der Präsenz *Le Pens* im Zweiten Präsidentschaftswahlgang ist noch nicht überwunden. Cambadélis warnt, dass die „bouderie civique“ (die staatsbürgerliche Enthaltensamkeit), der soziale Protest und die 'cristallisation' auf den Front National weiter vorhanden und zu beachten sind. Es ist ziemlich sicher, dass Stendhal sich sehr wundern würde, wenn er sähe, wie sein Buch „De l'Amour“, in dem er

die 'cristallisation' in Liebesdingen preist, für ein so wenig liebenswürdiges Problem ausgeschlachtet wird. Gleichzeitig findet sich hier ein Hinweis darauf, dass in Paris der Wortschatz der Romantik wieder frühlingshaft aufblüht.

Sachlicher gehen die Europafreunde mit der vorgeblichen Angst der Franzosen vor der Erweiterung um. Die Erweiterung, sagen gemeinsam der Vorsitzende der linken Gewerkschaft CGT, *Bernard Thibault*, und der französische EU-Kommissar, *Michel Barnier*, ist eine zweifellos notwendige politische Orientierung, die nicht mehr in Frage gestellt werden kann. Von massiver Einwanderung könne angesichts der getroffenen Vorsichtsmaßnahmen keine Rede sein, wohl aber bestünde die Gefahr eines verstärkten sozialen Dumpings, das schon jetzt vorhanden sei und sich verstärken könne. Der Gewerkschafter warnt davor, durch weitere Betriebsverlagerungen nur noch Konkurrenzdenken anstelle der Solidarität in Europa zu setzen. Wie teuer das wird, bleibt umstritten. Die einen verweisen auf den hohen Prozentsatz rückfließender Gelder und Gewinne, die anderen auf eine unsolidarische, ökonomische Scheinheiligkeit.

### **Doch kein Referendum?**

Um die in einigen Kreisen erhobene Forderung nach einem Referendum über die Erweiterung und die Europäische Verfassung ist es seit Anfang des Jahres stiller geworden. Trotzdem hat die Vorsitzende der Europäischen Bewegung, *Anne-Marie Idrac*, bemerkt, man solle sich bei weiterer Ausdehnung der Europäischen Union nicht mit einer geringeren Konzertation aller Kräfte zufrieden geben als beispielsweise bei der Bürgeranhörung zur Anlage einer Kreisverkehrkreuzung. Der Abgeordnete *Pierre Lequiller* (UMP) bekannte, dass er ursprünglich für ein Referendum eintrat, dies aber dem Staatspräsidenten überlasse. Die Europaabgeordnete

*Pervenche Berès* (PS) hat in der Erweiterungsdebatte noch einen anderen Akzent gesetzt. Sie weist weit von sich, eine „euro-béate“ (mit offenem Mund Europa bewundernde) oder eine „euro-enthousiaste“ zu sein. Sie nimmt für sich in Anspruch, „euro-réaliste“ zu sein. Dies bedeutet für sie, dass die geographische Erweiterung der Union unbedingt von einer thematischen Erweiterung begleitet werden muss. Denn ab Mai 2004, sagt sie, kehre sich das Verhältnis der Mitglieder innerhalb und außerhalb der Eurozone mehrheitlich um. Die stärker integrierten Mitglieder der Union stellen dann eine Minderheit dar. *Madame Berès* warnt davor, in dieselbe psychologische Situation wie nach dem Fall der Mauer zu geraten, als die einen jubelten und die anderen ihren Komfort und Wohlstand gefährdet sahen. Sie befürchtet, dass die Erweiterung zu ähnlichen Widersprüchlichkeiten führen könnte. Wie viele Pro-Europäer spricht sie sich für die vom Konvent erarbeitete Verfassung mit dem Hinweis aus, dass im Gegensatz zu den Verfassungen der Staatsnationen, die sich immer auf ein bestimmtes Territorium bezogen, die Europäische Verfassung auf ein Projekt und eine Ambition gestützt sei.

Die inzwischen in allen politischen Lagern Frankreichs geteilte Auffassung, dass die deutsch-französische Aussöhnung und Zusammenarbeit die Grundlage aller europäischen Erfolge seit der Montanunion war, löst jedoch bei manchen politischen Intellektuellen auch Verlegenheit aus. Hat nicht die deutsch-französische Kooperation bei der Missachtung des Europäischen Stabilitätspaktes und bei einigen die Kommission einschränkenden Beschlüssen der Regierungvertreter zum ersten Mal öffentlich eine Rolle gespielt, die nicht positiv war? Die Hoffnung besteht allgemein, dass diese Phase mit der Erweiterung und der Verabschiedung der Europäischen Verfassung zu Ende geht. Die jüngsten Entwicklungen in Spanien und Polen können das nur fördern. Bezeichnend ist

eine Äußerung von CAFECES (Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft mit Jean-Baptiste de Foucauld) über die Europäische Verfassung: „Europa hat eine Panne. Es ist nicht sicher, dass die derzeitige Krise, wie so oft in der Vergangenheit, gelöst werden wird. Der neue Raum von 25 Ländern, eine Chance für Europa, wird ohne transparente demokratische Institutionen unregierbar. Die großartigen Anstrengungen und Opfer der neuen Länder werden vergeblich sein, wenn die 15 Regierungen der derzeitigen Mitgliedstaaten der EU vor dem 1. Mai 2004 keine Übereinkunft über die Europäische Verfassung finden, die vom Konvent vorbereitet worden ist. Dieser Verfassungsentwurf ist die am wenigsten schlechte Übereinkunft und der von allen am besten zu akzeptierende Kompromiss. Aber diese Verfassung sollte in Ergänzung des Entwurfs mit angemessener Mehrheit revidierbar sein.“

Das „Forum de la gauche citoyenne“ geht in klassischer republikanischer Tradition noch einen Schritt weiter. Den Ballhauschwur von 1789 im Hinterkopf, fordert das Forum, dass das Europaparlament sich als verfassungsgebende Versammlung konstituiert.

Inzwischen arbeiten aber auch die Pragmatiker an einer Intensivierung der Diskussion. Sie sehen für die Europawahl vor allem das Sicherheits- und Terrorismusthema im Vordergrund. Der durchschnittliche französische Bürger hat aber selten noch von etwas anderem als von der Tüchtigkeit seiner eigenen Polizei gehört. Der europäische Rechtsraum, als dritter Pfeiler der Europäischen Union neben Wirtschaft und Politik, ist noch weitgehend unbekannt. Dass es ein Recht über dem Recht der universalen französischen Republik geben könnte oder gar schon gibt, bleibt für viele bis jetzt noch ein fremder Gedanke. Deswegen hat Senator Hubert Haenel (UMP) für eine Erweiterung von Institutionen wie Europol und Eurojust plädiert und weitere europäische Annäherungen im Straf-

recht gefordert. Sein Argument wirkt plastisch: „Es ist nicht weiter hinnehmbar, dass die Europäische Union die Treppe nimmt, wenn der Terrorismus mit dem Aufzug fährt.“ Ob die Wähler trotz ihrer Ängste diese Sicherheitsargumente honorieren, bleibt noch ungewiss, zumal sie erst noch zum Staunen gebracht werden müssen, was es schon alles gibt.

Die in CAFECES versammelten Intellektuellen äußern die Sorge, „wenn sich bis Juni nichts bewegt, wird die Europawahl inmitten einer tiefgehenden Krise Europas stattfinden, die jegliche positive Perspektive unsichtbar werden lässt.“ Sie fordern deshalb die Politik und die Politiker aller Parteien auf, „aus dem Euro wirklich einen Hebel für Wachstum und Beschäftigung zu machen, den Stabilitätspakt anzupassen und eine Wirtschaftsregierung für die Union zu schaffen; der Union die finanziellen Mittel für die Erweiterung zu geben und die nationalen Regierungsbeiträge durch eine europäische Steuer zu ersetzen; das soziale europäische Modell zu bewahren und zu stärken; den Verfassungsprozess wieder offen und demokratisch in Gang zu setzen, damit Europa regierbar bleibt.“ Ob man deshalb die Europa-Parlamentarier auffordern sollte, solange es keine Verfassung gibt, den europäischen Haushalt ebenso abzulehnen wie neue Verträge zur Erweiterung der Union, bleibt umstritten. Deutlich sind aber das Drängen und die Ungeduld, die sich an alle demokratischen Parteien richten.

Wie zu bemerken ist, gibt es genügend kontroversen Stoff. Es kann jedoch nicht darauf gewettet werden, dass der Wahlkampf um die 78 Europaparlaments-Sitze in Frankreich tiefergehende Bewusstseinsveränderungen bei der Regierungsmehrheit, der Opposition und den Bürgern auslöst. Sie werden die Wahlprogramme und die Kandidaten serviert bekommen. Die Showbühne wird kommen, vielleicht auch das Publikum.